

Pressekonferenz GEW BW, 07.10.2022, 11 Uhr, Medienzentrum Landtag

**Landespressekonferenz
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg (GEW)
am 7. Oktober 2022 in Stuttgart**

Neue Studie zum Lehrkräftebedarf in Baden-Württemberg

Hinweise zu weiteren Terminen:

26.10.2022: Aktion Lehrkräftemangel vor dem Landtag (Einbringung Doppelhaushalt)

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Anwesende,

am 12. September 2022 begann das neue Schuljahr – nach drei herausfordernden Pandemieschuljahren mit einer an vielen Stellen zu dünnen Personaldecke. Schon länger verweisen wir auf die zu geringen Lehrkräftezahlen, die sich in den letzten Jahren zunehmend verschärft haben. Um diesem Mangel gegensteuern zu können, braucht die Politik verlässliche Zahlen. In den Jahren 2017 und 2019 hatte die GEW bereits Lehrkräftebedarfsprognosen beim Bildungswissenschaftler Prof. Dr. Klaus Klemm in Auftrag gegeben und der Öffentlichkeit und der Landesregierung zur Verfügung gestellt. Diese Gutachten stellten den damals aktuellen und für die kommenden Jahre prognostizierten Bedarf an Lehrkräften in den Grundschulen bzw. weiterführenden Schulen im Südwesten fest. 2019 sagte auf der Landespressekonferenz zur Vorstellung der Studie meine Vorgängerin Doro Moritz:

„Es gibt keine ernsthaften Bemühungen des Kultusministeriums und der Landesregierung, die die Situation verbessern könnten, keinen Gestaltungswillen. Ich sehe nur Aktionismus und wenig wirksame Maßnahmen. Das Kultusministerium legt keine Zahlen zum Bedarf vor.“

Diese Zeilen gelten mit einigen Einschränkungen noch immer. Gleichzeitig hat sich die Welt weitergedreht und die Situation für Lehrkräfte, Kinder und Jugendliche deutlich verändert.

Deshalb legen wir Ihnen heute eine neue Lehrkräftebedarfsprognose vor, die dankenswerterweise abermals Prof. Dr. Klaus Klemm fachkundig erstellt hat. Die Zahlen sind ernüchternd, aber ohne einen realistischen Blick auf die Bedarfe kann die Landesregierung nicht so vorsorgen, wie es notwendig ist, und die Schulen werden nicht ausreichend versorgt werden. Seit mehreren Jahren fehlen mehrere hundert Lehrkräfte, vor allem an den Grundschulen und in der Sonderpädagogik. Mit unserer Studie möchten wir dazu beitragen, dass für die Zukunft Lösungen gefunden werden – denn sonst werden auch für die Kinder, die jetzt in unserem Land auf die Welt kommen, viele Plätze am Lehrer*innenpult leer bleiben.

Was verursacht den Lehrkräftemangel?

Ein bedeutender Faktor für den Lehrkräftemangel sind demographische Entwicklungen wie die steigenden Geburtenzahlen, eine weiterhin zunehmende Zuwanderung und damit wachsende Schüler*innenzahlen. Ebenso tragen die Entwicklungen des bestehenden Lehrkräftebestands genauso wie der Studierendenzahlen – und damit des Nachwuchses an Lehrkräften – zu einem Mangel an ausgebildeten Lehrkräften in den Schulen bei.

Lassen Sie mich noch eins den Zahlen vorausschicken: Die Landesregierung hätte in den letzten Jahren einiges planen und vorbereiten können und müssen. Aber zwei bedeutende Faktoren, die die derzeitige Situation in den Schulen belasten, waren unplanbar: die Corona-Pandemie, die uns seit März 2020 nachhaltig beeinträchtigt, und der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, der uns bisher etwa 25.000 Kinder und Jugendliche zusätzlich in die Schulen gebracht hat. Aus diesen Herausforderungen für unser Schulsystem haben wir etwas Wichtiges lernen können, das auch die Landesregierung hoffentlich verinnerlicht: Es ist keine gute Idee, Ressourcen auf Kante zu planen, denn dann ist das System schnell am Anschlag. Unsere Bildungseinrichtungen müssen krisensicher werden!

Ebenso ist festzustellen, dass weder die Corona-Krise noch der Angriffskrieg Russlands die Lehrkräftesituation verursacht haben. Wissenschaftler*innen, Arbeitgeber*innen und Gewerkschaften warnen seit Jahren nicht nur in Baden-Württemberg vor einem drohenden Fachkräftemangel. Wie unsere Bundesvorsitzende Maike Finnen kürzlich zu Recht sagte:

„Ursächlich ist, dass die Länder die Augen vor der Entwicklung verschlossen haben und die Kultusministerkonferenz ihre Aufgabe, strategisch zu planen und die Arbeit der Länder zu koordinieren, vernachlässigt hat.“

Charakteristik der Studie

Mit der aktualisierten Prognose von Bildungswissenschaftler Klaus Klemm bieten wir der Landesregierung ein Instrument, um dieses Problem anzupacken. An meiner Stelle sollten hier jetzt eigentlich die Kultusministerin und die Wissenschaftsministerin gemeinsam sitzen, um Ihnen die neueste und jährlich fortgeschriebene Lehrkräftebedarfsprognose vorzustellen. Wir decken den Bedarf mit unserer Studie ab, könnten uns aber durchaus andere sinnvolle Dinge vorstellen, die wir mit den dafür notwendigen Ressourcen hätten umsetzen können. Wir sehen unsere Prognose somit als Ergänzung zu den unzureichenden Zahlen, die von den Ministerien und der Kultusminister*innenkonferenz (KMK) erhoben werden und sehen diese in der Pflicht, für grundlegende Analysen zu sorgen, die heute und in Zukunft die Basis für eine konstruktive Debatte und durchdachte Handlungen im Bildungsbereich bilden können. Die Parameter, die Klaus Klemm seinen Berechnungen des Lehrkräftebedarfs zugrunde legt, werden im Vorwort der Studie erläutert und damit nachvollziehbar gemacht. Wie das Kultusministerium und die Kultusminister*innenkonferenz (KMK) zu ihren Prognosen kommen, ist leider nicht transparent.

Klemms Studie zeigt zwei Szenarien: Die status-quo Variante wird ergänzt um eine Soll-Variante. Diese Soll-Variante umfasst notwendige Ressourcen für festgestellte Bedarfe: Das beinhaltet erstens die Ressourcen für die Inklusion. Sie ist durch die Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention für den Deutschen Staat verpflichtend und wird in Baden-Württemberg noch lange nicht umfassend umgesetzt.

Zweitens ist die Relation von Schüler*innen zu Lehrkräften in Baden-Württembergs Grundschulen mit 16,8 in ganz Deutschland am schlechtesten. Klaus Klemm berechnet einerseits die Bedarfe, wenn wir den deutschlandweiten Durchschnitt von 15,6 erreichen wollen, und andererseits aber auch die Bedarfe für ein Gleichziehen mit dem Hamburger Spitzenwert von 13,3. Die Ergebnisse der neuesten IQB Studie von 2021 liegen uns heute noch nicht vor – aber es wird zu beobachten sein, ob Baden-Württemberg seinen letzten Platz verlassen konnte, oder ob die verhältnismäßig schlechte Schüler*innen-Lehrkräfte-Relation weiterhin Auswirkung zeigt.

Drittens haben wir die Bedarfe berechnen lassen, die durch das Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag, eine sozialindexbasierte Ressourcenzuteilung einzuführen, entstehen. Auf diesem Weg sollen Schulen, die besonders viele Schüler*innen aus armen und bildungsfernen Elternhäusern oder mit anderen herausfordernden Lebenssituationen haben, mehr Ressourcen zur Verfügung gestellt bekommen.

Die von Klaus Klemm aufgezeigte Soll-Variante berechnet keine Luftschlösser, sondern das, was im Koalitionsvertrag vereinbart oder gar in UN-Recht festgeschrieben ist. Daher möchte ich auf die einzelnen Punkte und Bedarfe hier genauer eingehen:

Inklusion

Wenn Inklusion gelingen soll, müssen ausreichende Ressourcen ins System Schule eingebracht werden. Klaus Klemm rechnet nicht mit der im Koalitionsvertrag geforderten Doppelbesetzung für Inklusion (je eine Sonderschullehrkraft und eine Lehrkraft der jeweiligen Schule sind in allen Stunden gemeinsam in der Klasse eingesetzt), sondern wählt einen deutlich sparsameren und – wie er sagt – realistischeren Ansatz: Die sogenannte Doppelzählung. Das bedeutet, dass ein*e Schüler*in mit sonderpädagogischem Bildungsanspruch bei der Lehrkräftezuweisung zweimal berücksichtigt wird. Nach Klaus Klemm müssen damit an den inklusiv arbeitenden allgemeinen Schulen bis 2035 etwa 6.500 Stellen für Sonderpädagog*innen geschaffen werden, wenn etwa ein Drittel aller Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf inklusiv beschult werden.

Schüler*innen-Lehrkraft-Relation

Für die Verbesserung der Schüler*innen-Lehrkraft-Relation in den Grundschulen, die sich am Durchschnittswert in Deutschland orientiert, benötigen wir bis 2035 etwa zusätzliche 2.000 Stellen. Wer den Satz ernst meint „Auf den Anfang kommt es an“, mit dem die Grünen, die seit 11 Jahren die Regierungsverantwortung tragen, bereits 2011 Werbung für ihre Bildungspolitik gemacht haben, muss hier ansetzen. Gute Grundschulbildung heißt, Förderung zu ermöglichen und dies kann nur mit einer besseren Relation von Lehrkräften zu Schüler*innen gelingen.

sozialindexbasierte Ressourcenzuteilung

Um die bestehende Chancenungleichheit im Bildungssystem zu verringern und Kinder und Jugendliche aus ärmeren und benachteiligten Familien gezielt unterstützen zu können, hat die Landesregierung im Koalitionsvertrag die sozialindexbasierte Ressourcenzuteilung festgeschrieben. Um die zusätzlichen Ressourcen zu schaffen, die den nachweisbar benachteiligten Kindern und Jugendlichen, die Kinder aus Bedarfsgemeinschaften sind (was 7,8 % aller Kinder zwischen 6 und 15 Jahren sind), zu Gute kommen, werden 1.900 Stellen benötigt. Andere Bedarfe, die in den Sozialindex einfließen könnten, sind hierbei noch nicht berücksichtigt – und die Landesregierung hat noch nicht bekannt gegeben, wonach der

Sozialindex berechnet werden soll. Wir bieten sehr gerne unsere Mitarbeit bei der Entwicklung der dafür notwendigen Kriterien an.

Andere Reformbedarfe, wie z.B. Ethik in der Grundschule, die im Koalitionsvertrag festgeschrieben sind, oder auch den verbindlichen Anspruch auf Ganzttag in der Grundschule, der ab 2026 bundesweit gilt, haben wir nicht berechnen lassen. Die ersten Überschlagszahlen waren bei diesen Berechnungen so groß, dass wir davon lieber die Finger gelassen haben, um uns keine mangelnde Seriosität vorwerfen zu lassen. Dabei ist gerade eine gute Ganzttagsschule ein wichtiges pädagogisches Konzept für mehr Bildungsgerechtigkeit. Sie ermöglicht es besonders gut, den modernen Anforderungen an den Lern- und Lebensort Schule gerecht zu werden. Jedoch wird der Ganztagsanspruch sehr schwer zu realisieren sein, weil auch unter den Erzieher*innen und Pädagog*innen der frühen Kindheit – die für eine gute Ganztagsbildung unabdingbar sind – ein enormer Fachkräftemangel herrscht.

Insgesamt werden allein für die drängendsten Maßnahmen der Inklusion, einer im Bundesdurchschnitt liegenden Ausstattung der Grundschulen und der Unterstützung für Schulen in herausfordernden Lagen zusätzliche 10.400 Lehrkräfte benötigt.

Lehrkräfteentwicklung

Diese benötigten Ressourcen sind jedoch nur die Spitze des Eisberges: Bis 2035 müssen für den Ersatz ausscheidender Pädagog*innen und aufgrund der Entwicklung der Schüler*innenzahlen 64.800 Stellen neu besetzt werden; es werden bis dahin voraussichtlich aber nur gut 48.000 Lehrkräfte ihr Studium und Referendariat beenden. Die Prognose der Kultusminister*innenkonferenz (KMK), wonach das Angebot an neuen Lehrkräften in Baden-Württemberg bis 2025 bei 60.550 liege, hält Klemm für unseriös. Da die Zahl der Abiturient*innen sinke, müsse auch mit weniger Studierenden gerechnet werden, die mit einem Lehramtsstudium beginnen.

Wer ein solches Studium beginnt, steht zudem am Ende noch lange nicht am Lehrer*innenpult! Viele junge Menschen gehen zwischen dem ersten Semester und dem Eintritt ins Berufsleben als Lehrkraft andere Wege. Wenn Sie sich die Zahlen zu Studienbeginn und zu Beginn des Vorbereitungsdienstes betrachten, die Sie in Ihren Pressemappen finden, dann fällt ihnen sicher ins Auge, dass nur ca. zwei Drittel der Studienanfänger*innen 5–6 Jahre später in den Vorbereitungsdienst starten. Konkretere Zahlen lagen für unsere Studie nicht vor, da immer noch das Ergebnis der entsprechenden Studie aussteht, die das Wissenschaftsministerium vor Jahren in Auftrag gegeben hat und die ursprünglich für Sommer 2021 in Aussicht gestellt war. Diese Daten brauchen wir dringend, um den Ausbildungsbedarf der nächsten 15 Jahre berechnen zu können. Was wir aber sicher sagen können, ist, dass im Moment die Zahl der Schulabsolvent*innen mit Hochschulreife deutlich größer ist, als in den kommenden Jahren und wir daher gut beraten wären, das aktuelle Potential abzuschöpfen, um die Lehrkräfte der Zukunft in genügender Zahl auszubilden.

Die GEW geht zudem davon aus, dass die Teilzeitquote bei Lehrkräften weiter steigen wird und deshalb mehr Personen für die zu besetzenden Lehrkräftestellen ausgebildet werden müssen. Wenn Ministerpräsident Winfried Kretschmann die Teilzeitarbeit kritisiert, kennt er die Situation auf dem Arbeitsmarkt, gerade bei Pädagog*innen, nicht. Lehrkräfte arbeiten

Teilzeit, weil sie sonst Familie und Beruf nicht vereinbaren könnten und viele wählen Teilzeit, weil sie sich bei einem vollen Unterrichtsauftrag nicht mehr in der Lage sehen, guten Unterricht zu gestalten. Immer mehr junge Menschen wählen gezielt Berufe, in denen Teilzeitarbeit möglich ist. Die Landesregierung sollte darüber nicht jammern, sondern sich als attraktiver Arbeitgeber präsentieren, um auch in Zukunft genug junge Menschen für den Platz im Klassenzimmer zu finden.

Die Landesregierung hat zum Thema Lehrkräftemangel Maßnahmen ergriffen: In den letzten Jahren wurden z.B. 400 Studienplätze für Grundschullehramt neu geschaffen. Trotzdem konnte die Landesregierung in den vergangenen Schuljahren jeweils mehrere hundert Stellen nicht mit ausgebildeten Grundschullehrer*innen besetzen. Für Sonderpädagogik entstehen ab 2023 in Freiburg 175 neue Studienplätze. Das ist gut, es wird aber auch mit den dann etwa 700 Studienplätzen nicht gelingen, den Bedarf für die SBBZ und die Inklusion (die genannten zusätzlichen 6.500 Stellen) zu decken.

Fazit: Prognose des Lehrkräftebedarfs

Was bedeutet das nun für unseren Bedarf an Lehrkräften? Insgesamt geht Klaus Klemm von mindestens **16.000** fehlenden Lehrkräften bis zum Jahr 2035 aus. Die Kultusministerkonferenz-Vorausschätzung errechnet dagegen „nur“ einen Mangel von ca. 4.000 fehlenden Lehrkräften. Wenn die Soll-Ziele wie mehr Stellen für Grundschulen und die Inklusion sowie Schulen in herausfordernden sozialen Lagen erreicht werden sollen, fehlen nach Klaus Klemm bis 2035 **27.000** Lehrkräfte im Land.

Das sind erschreckende Zahlen. Und dabei ist in die Studie von Klaus Klemm und diese Zahlen noch nicht der ganz kurzfristige Bedarf durch die derzeit etwa 25.000 geflüchteten Kinder und Jugendlichen aus der Ukraine eingerechnet, für deren Beschulung allein ca. 2000 zusätzliche Lehrkräfte benötigt werden.

Vorschläge der GEW

Diese Zahlen sollen uns alle nicht entmutigen, sondern vielmehr Mut machen, beherzt die Zukunft unserer Kinder anzupacken. Wir schlagen daher vor:

1. Der Lehrkräftemangel ist bestimmendes Thema an den Schulen. Er stellt die Bildungsqualität und den Bildungserfolg grundsätzlich in Frage und wird zum maßgeblichen Belastungsfaktor für die Lehrkräfte. Wir brauchen in Baden-Württemberg eine Enquete-Kommission zum Fachkräftemangel im Bildungsbereich. Es muss klar sein, dass alle sich daran beteiligen müssen, wie wir die Bildung in Baden-Württemberg nachhaltig besser aufstellen können und damit unseren Kindern und Jugendlichen bessere Startchancen in ihre Zukunft geben können. Wir werden zudem immer wieder bedarfsgerecht Nachbesserungen der Analysen zu Fachkräften in speziellen Regionen oder bei Krisen benötigen – und dazu immer wieder Studien wie diese brauchen, die in Zukunft gerne von der Landesregierung beauftragt und bezahlt werden dürfen.
2. Für notwendige pädagogische Vorhaben wie Inklusion und bessere Ausstattung der Grundschulen muss die Landesregierung sofort weitere Studienplätze für Grundschul- und Sonderpädagogik schaffen. Durch mehr Studienplätze im Aufbaustudium Sonderpädagogik und die Bezahlung für Lehrkräfte anderer Lehrämter, die diese Qualifizierung machen, könnte der Mangel an den SBBZ und in der Inklusion gemildert werden.
3. Der Lehrkräfteberuf muss wieder attraktiver werden: Attraktive Arbeitsbedingungen machen das Land zu einem interessanten Arbeitgeber, sodass sich hoffentlich viele Schüler*innen dazu entscheiden, in Zukunft den wunderbaren Beruf der Lehrkraft zu wählen. Da zu erwarten ist, dass die Teilzeitquote weiterhin steigen wird, wie die allgemeinen Trends auf dem Arbeitsmarkt und speziell bei Pädagog*innen zeigen, muss dies bei der Vorausberechnung von Studienkapazitäten Berücksichtigung finden. Als Hausaufgabe geben wir der Landesregierung zudem mit, die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen gerade am Arbeitsmarkt genau zu beobachten. Es wäre gut, während des Studiums abzufragen, wie die Vorstellungen und Bedarfe sind – gute Arbeitgeber, die zu wenige Bewerber*innen haben, fragen solche Bedarfe ab, um ihnen so weit wie möglich gerecht werden zu können. Auch dies wird die notwendigen Studienplatzzahlen beeinflussen.
4. Wir haben als GEW 2018 ein Konzept zur Gewinnung von Lehrkräften vorgelegt, das als Grundlage dienen kann um kurz-, mittel- und langfristig Fachkräfte zu gewinnen: Neben der Schaffung von Studienplätzen schlägt die GEW Sofortmaßnahmen gegen den Lehrer*innenmangel vor. Dazu zählen eine Erhöhung der Altersermäßigung, damit mehr Lehrkräfte bis zur Altersgrenze arbeiten können. Mit Qualifizierungsprogrammen soll der Quereinstieg besser möglich werden. Vor allem die Neueinsteiger*innen, die mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen arbeiten, brauchen sofort ein ausreichendes Angebot an

Fortbildungen und Qualifizierungsmaßnahmen z.B. in den Bereichen Deutsch als Fremdsprache/Deutsch als Zweitsprache (DaF/DaZ) und Traumapädagogik.

5. Die GEW hat der Kultusministerin angeboten, auch über kreative Maßnahmen gegen den Lehrkräftemangel, z.B. in besonderen Mangelregionen, zu sprechen.

6. Ohne Haushalt geht es nicht: Für Reformen der Bildung, für eine bessere Ausstattung von Schulen, für Ethik und für einen Ausbau des Ganztags in der Grundschule und andere wichtige Vorhaben, brauchen wir deutlich mehr Lehrkräfte – und dafür mehr Stellen. Die Schaffung notwendiger Stellen im Haushalt ist die Basis, dass pädagogische Veränderungen umgesetzt und bildungspolitische Ziele bewältigt werden können. Seit 11 Jahren sind die Grünen in der Landesregierung und werben mit Versprechen für bessere Inklusion und gute frühe Bildung um Wähler*innenstimmen. In noch keinem einzigen Landeshaushalt seit 2011 wurden dafür die notwendigen Gelder für Studienplätze und Lehrkräftestellen eingeplant. Mein Aufruf an die Landesregierung ist klar: Bessern Sie hier nach!

Die Landesregierung hat nun eine Chance. Die Daten für eine verlässliche Lehrkräftebedarfsplanung liegen vor. Wenn die Regierung Kretschmann jetzt mutig handelt, kann sie ihre eigenen Fehler der vergangenen elf Jahre etwas korrigieren und einen langfristigen enormen Lehrkräftemangel verhindern.